

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Streit um die Räumung.

England soll die Pfalz statt der Kölner Zone besetzen.

Paris, 2. August. (W.T.B.) Zur Frage der Räumung des Brückenkopfes von Köln durch die englischen Truppen berichtet man dem „Journal“ aus London, die belgische Delegation habe vorgeschlagen, die Besetzungsfisten nur für die Periode ruhen zu lassen, während der die deutschen Leistungen nicht erfüllt worden wären, also von Beginn des positiven Widerstandes zu Anfang des Jahres 1923 bis zum Augenblick der Inkraftsetzung des Dawes-Planes, der die Reparationskommission veranlassen werde, festzustellen, daß die Erfüllung des Vertrages wieder begonnen habe. Dadurch, so erklärt der Berichterstatter, würde es möglich werden, die Engländer so lange festzuhalten, bis die Franzosen die militärische Räumung des Ruhrgebietes vorgenommen hätten. Die englische Regierung habe ihrerseits erklärt, daß sie nach Räumung des Brückenkopfes von Köln an der anderen Besetzung teilzunehmen wüßte, und zwar liege der Vorschlag vor, den Engländern den Brückenkopf von Koblenz, also die ehemalige amerikanische Zone, zu übertragen.

Nach dem Journalberichtersteller scheinen die Franzosen den Engländern nach ihrem Abzug aus Köln die Besetzung der Pfalz eingehoben zu haben. Der Sonderberichterstatter des „Quotidien“ schreibt aus London, die englische Delegation würde natürlich über die Besprechungen wegen der militärischen Räumung des Ruhrgebietes auf dem laufenden gehalten werden, da es der gemeinsame Wunsch Herriots und Macdonalds sei, die beiden Fragen der Besetzung des Ruhrgebietes und der Kölner Zone miteinander zu verbinden. Gestern nachmittags habe Macdonald einen umfangreichen Bericht seiner Rechtschwerständigen über die Besetzung des Kölner Brückenkopfes mit nach Cherquers genommen. Es wäre also verfrüht, wenn man jetzt schon sagen wollte, auf welchen Grundlagen die Verständigung in diesen beiden Fragen zustande kommen werde. Auf jeden Fall könne behauptet werden, daß nicht davon die Rede sei und nicht die Rede sein könne, die französischen Truppen im Brückenkopf kehl durch englische Truppen zu ersetzen, wie das leichtfertigweise von gewissen Berichterstattern angegeben worden sei.

Neuer Konfliktstoff?

Paris, 2. August (Eigener Drahtbericht). In einer Unterredung, die am Freitagabend von 11-12 Uhr Herriot mit dem Unterstaatssekretär im englischen Auswärtigen Amt Creme gehabt hat, soll nach dem „Matin“ dieser den französischen Ministerpräsidenten von der Absicht der englischen Regierung in Kenntnis gesetzt haben, auf die Tagesordnung der Vollziehung von heute die Frage einer authentischen Auslegung des § 18 des Anhangs II von Teil VII des Friedensvertrages zu setzen, aus dem Frankreich kein angebliches Recht für Sonderaktionen herleitet. Nach dem „Matin“ und dem „Echo de Paris“ hat Herriot erklärt, daß er unter keinen Umständen eine derartige Debatte zulassen werde.

Die Beschlüsse der dritten Kommission.

Paris, 2. August (Eigener Drahtbericht). In der Dritten Kommission der Londoner Konferenz ist es Freitagmorgen um 1 Uhr zu einem Kompromiß gekommen. Die nach langwierigen und an Zwischenfällen reichen Beratungen gefassten Beschlüsse beschränken das Recht der Rinderheit, gegen die Entschlüsse des Komitees für die Überweisungen den Schiedspruch einer aus unparteiischen Sachverständigen zusammengesetzten Kommission anzurufen, auf den einen Fall, daß nach Anhörung einer Summe von fünf Milliarden Goldmark das Komitee gemäß den Bestimmungen des Dawes-Planes die Einstellung der deutschen Zahlungen bestimmen soll. Dieser Vorschlag ist in der Nachmittags von den Franzosen zuerst gemacht worden, nachdem die englischen und amerikanischen Delegierten alle weitergehenden Anträge, darunter eine belgische Kompromißformel, abgelehnt hätten.

Die Einladung an Deutschland.

London, 2. August. (W.T.B.) Laut „Times“ soll auf der heutigen Plenarsitzung um 11 Uhr vormittags der Bericht des ersten (Berzug-) Ausschusses unterbreitet werden. Sollte die Vollziehung stattfinden, so würde wahrscheinlich die Einladung an Deutschland zur Teilnahme an der Konferenz heute nachmittags abgefaßt werden. In diesem Falle könnte die deutsche Delegation rechtzeitig eintreffen, um die Arbeiten am Montag zu beginnen. Der nächste Sonnabend werde als der Tag angenommen, an dem die Arbeiten der Konferenz vollendet sein dürften.

Beginn der Vollziehung.

London, 2. August. (W.T.B.) Heute vormittags um 11 Uhr sind im Auswärtigen Amt sämtliche Delegationsführer in Begleitung ihrer Sachverständigen zu einer Vollziehung zusammengetreten.

Der Erfolg der Konferenz.

Englische Mahnung an Deutschland.

London, 2. August (W.T.B.). In einem Leitartikel schreibt „Times“, die internationalisierte Konferenz mache wirklich Fortschritte. Der neue Vorschlag komme von den Franzosen. Diese Tatsache müßte voll anerkannt werden. Es sei schwer, sich eine sichere Garantie gegen isolierte Aktionen vorzustellen, als dieses schwerfällige und hinziehende Verfahren. Theoretisch werde Frankreich die Rechte behalten, die es im Jahre 1923 in isoliertem Vorgehen geltend gemacht habe, um die Ruhr zu besetzen. Jeder neue Impuls aber, durch die Maßnahmen des Sachverständigenplanes zu

brechen und das Ruhrgebiet wieder zu besetzen, werde durch das Verfahren, das Frankreich jetzt selbst vorgeschlagen habe,

wirksam in Schranken gehalten

werden. Die Bankiers hätten in diesem französischen Vorschlag so gut wie sicher die Garantie, die sie nötig hätten.

In diesen Tagen werde die Konferenz die Deutschen einladen, ihre Delegierten nach London zu senden. Es sei jetzt klar, daß die Deutsche Regierung kommen werde, um zu verhandeln und nicht, wie es bei früheren Konferenzen der Fall gewesen sei, um nur einen unabänderlichen Beschluß der Alliierten zur Kenntnis zu nehmen. Die Verhandlungen in dieser letzten Phase brauchen nicht lange zu dauern. Mehr als jede andere Nation sei Deutschland an der baldigen Anwendung des Sachverständigenplanes interessiert. Bisher habe die deutsche Regierung die schwierigen politischen und wirtschaftlichen Vorbereitungen für die Konferenz mit ungewöhnlichem Eifer und außerordentlicher Geschwindigkeit durchgeführt. Die Verzögerungen, die auf der Londoner Konferenz entstanden seien, hätten der deutschen Regierung Schwierigkeiten verursacht und

unangebrachte Forderungen

eines Teiles der deutschen öffentlichen Meinung hätten ihr nicht gerade geholfen. Nichts sei mehr dazu angetan, die deutsche Sache im gegenwärtigen Augenblick zu schädigen, als ein Versuch, die Frage der Verantwortlichkeit für den Krieg von neuem aufzuwerfen, wie dies in einem Appell getan worden sei, der in London weit verbreitet worden sei. In dieser Frage habe das britische Volk sehr nachdrückliche und bestimmte Ansichten. Die Delegierten der deutschen Regierung könnten in ihren Verhandlungen einen angemessenen Erfolg erwarten, wenn sie für den Stand der öffentlichen Meinung in England und Frankreich volles Empfinden hätten. Sie hätten Gelegenheit gehabt, in dem langsamen Fortschreiten der Konferenz sowohl die Schwierigkeiten der Alliierten, eine Vereinbarung zu erzielen, als auch ihre starke Entschlossenheit, dies zu tun, zu beobachten. Die wichtigste Tatsache, der die deutsche Regierung Rechnung tragen müßte, sei diese starke Entschlossenheit.

„Daily Telegraph“ hält es für sicher, daß die Herstellung normaler Verhältnisse in Deutschland nicht herbeigeführt werden könne, bevor die Besetzung des Ruhrgebietes beendet worden sei. England habe diesen bebauerlichen Schritt stets gemißbilligt, und je eher das Ruhrgebiet befreit werde, um so erfreulicher würde dies für England sein. Es bestehe augenblicklich kein Grund dafür, die Frage der Räumung des Rheinlandes aufzuwerfen, für die der Friedensvertrag Vorkehrungen treffe. Die deutsche Regierung werde auf jeden Fall gut beraten sein, wenn sie sich mit der Befreiung des Ruhrgebietes begnüge und den aufrichtigen Wunsch zeige, die Durchführung des Dawes-Planes zu erleichtern.

Coolidge zuverlässlich.

New York, 2. August. (W.T.B.) Wie aus dem Weißen Hause in Washington verlautet, erwartet Präsident Coolidge zuverlässlich einen baldigen erfolgreichen Abschluß der Londoner Konferenz. Der Präsident erklärte Besuchern, daß die letzten offiziellen Berichte und Presseberichte angesichts der schwierigen Probleme, mit denen sich die Konferenz befaßt habe, ermutigend gewesen seien.

Mussolinis Stern im Sinken.

Mailand, 1. August. (Eca.) Auf dem Kongreß der Kriegsteilnehmer, der gegenwärtig in Assisi tagt, und dem große Bedeutung in bezug auf die Orientierung der öffentlichen Meinung beigegeben wird, kam es zu einer lebhaften Debatte vor der Abstimmung über die Resolution, betreffend die politische Haltung der Organisation. Es waren zwei Resolutionen eingebracht worden. Die erste forderte die Zusammenarbeit mit der Regierung, die zweite wandte sich gegen jeden Extremismus und stellte für die Unterstützung der Regierung Bedingungen im Sinne der Normalisierung des öffentlichen Lebens. Nach längerer Diskussion kam eine Kompromißformel zustande, in welcher die politische Neutralität der Organisation betont, die Zusammenarbeit mit den Oppositionsparteien abgelehnt und Mussolini die Unterstützung der Kriegsteilnehmer bei seinen Bemühungen um die Festigung der staatlichen Autorität zugesagt wird. Der Kongreß beschloß eine Resolution zugunsten des Generals Cadorna, dessen Rehabilitierung verlangt wird.

Das Direktorium der faschistischen Partei wird heute zusammengetreten, um den endgültigen Arbeitsplan des Großen Nationalen Rates festzusetzen. Dieser Große Nationalrat, der infolge der Ermordung Matteottis bereits einmal verlegt wurde, soll morgen in Rom über die Taktik der Faschistenpartei beschließen. Diese Versammlung wird mit großem Interesse erwartet. Mussolini hat es abgelehnt, die Eröffnungsrede zu halten.

Die Indien-Politik der Arbeiterregierung.

London, 2. August. (Eca.) Aus vertraulichen Verhandlungen der Gewerkschaften und der Arbeiterpartei mit dem Staatssekretär für Indien teilt der „Daily Herald“ mit, daß die Regierung sich entschlossen habe, die Versprechungen, die man 1919 Indien gemacht habe, zu erfüllen. England werde dementsprechend Indien auf dem Wege zur Selbstverwaltung vorwärts helfen.

Der Anfang und das Ende.

Zum Tage des Kriegsbegins.

Von Hermann Schühinger.

Der Tag des Ausbruchs der gewaltigsten Explosion der Neuzeit ist für die Generation jenes Blutjahres — ganz von selbst — zur stillen Feierstunde menschlicher Selbstbestimmung geworden. Seit fünf Jahren ist so die erste Augustwoche im Zeichen der gleichzeitig in England und seinen Kolonien, in den Vereinigten Staaten und auch am europäischen Kontinent aufgeflamten „No more war“ (Nie wieder Krieg)-Bewegung gestanden. Wenn heuer, am 10. Gedächtnistag jener fürchterlichen Katastrophe, in Deutschland, nach den Weisungen der Reichsregierung das ganze deutsche Volk sich zum Gedenken seiner Gefallenen erhebt — so tönt diese Geste voll Würde und Tragik zweifellos einen mächtigen Eindruck auf die gesamte Kulturwelt machen, wenn dieses Gedenken des Volkes, das die größten blutigen Opfer und die bittersten Entbehrungen im Weltkrieg getragen hat, erfüllt wäre von einer sittlichen Erneuerung im Geist der Demokratie und der nationalen Verantwortlichkeit gegenüber der Gesamtheit der Kulturnationen.

Ganz gleich, welche Wirkung dieser offizielle deutsche Kriegsausbruchtag 1924 im In- und Ausland auslösen wird, ist es Pflicht des republikanischen Deutschland, dieser ersten deutschen Weltkrieg-Gedächtnisfeier nach Kräften das Gepräge der Revanchebegehr und der monarchischen Restauration zu nehmen. Das können wir nicht besser tun, als daß wir die Rebellengeister der Kriegstromantik und der Heldengötterung an diesem Tag zerreißen und den Krieg zeigen in seiner nackten Gestalt, als eine Quelle unendlicher Leiden, als den Widerstimm jeden Kulturfortschritts und jeder „Auselese“ und als die erschütternde Tragödie eines stillen Heldentums. Je objektiver und je gerechter wir sind, wenn wir dem Weltkrieg seine Maste vom Gesicht reißen, desto nachhaltiger wird der Eindruck auf die breiten Massen der einstigen Kriegsteilnehmer sein und auf alle, auf die wir wirken wollen im Augenblick jenes zweiminütigen „Schweigens“ zu Ehren unserer Toten.

Der Befehl des „Zustandes der erhöhten Kriegsgefahr“ hat uns vor 10 Jahren alle zusammen überrollt und überfallen wie der Dieb in der Nacht. Mein Regiment lag gerade zur Abwicklung des Brigade-Exerzierens auf einem Truppenübungsplatz. Der Nord von Serajewo und der ihm folgende Rotenwechsel hatte ja eine düstere Atmosphäre auch über die Kasinos und die Kasernen der alten Armee gebläht. Man war sich der Folgen eines modernen Krieges im deutschen Offizierskorps, vor allem im Truppenoffizierskorps der Infanterie sehr wohl bewußt. Die Massakres im russisch-japanischen Krieg und die Schießresultate der modernen Schnellfeuergeschütze und der erst kurz vor dem Krieg als „Massenartillerie“ eingeführten Maschinengewehre hatten uns Berufsoffiziere nicht im Zweifel darüber gelassen, daß die Mobilmachungsorter das Todesurteil von mindestens 50 Proz. der Infanterie-Zug- und Kompanieführer schon in der ersten großen Schlacht bedeutete. Dorum war die Stimmung in unserem Kasinogarten außerordentlich düster und ernst — gebrüllt und getrunken haben nur die Allerjüngsten, denen der goldene Leichtsinn nicht auszutreiben war. Wir haben auch damals auf jeden Klambim und Trara verzichtet, und unser Regimentskommandeur schaute in tiefensten Augen, als er uns sagte, wir möchten auf eine Abschiedsfeier verzichten und unsere Frauen beim Ausmarsch zu Hause lassen; die Sache wäre doch zu ernst für uns und das deutsche Volk.

Und dann kamen die Massentransporte der „Reservisten“ — am dritten Mobilmachungstag. Nicht brüllend und johlend, wie die hysterischen Heimkrieger und Weiber in den Kaffeehäusern und Bars, sondern mit totornsten Gesichtern, still und stumm. So standen sie da in unserem großen Kasernenhof, nach Jahrgängen und Bezirkskommandos gegliedert, in der glühenden Hitze und warteten — mit Lammesgeduld —, bis wir den letzten auf die Feldformationen verteilt hatten und der Abend kam.

Fünfter Mobilmachungstag; Abtransport. Graue Rebellengeister liegen über dem Bahnhofplatz. Am Güterbahnhof heulen die Maschinen. Die Stadt liegt Schweigend hinter uns; sie hat sich drei Tage lang heiser geschrien. Das Bataillon marschiert auf zur Breitkolonne — die Fahne am rechten Flügel —, die Gewehre stampfen klirrend zu Boden. Unser alter Oberst, einer von denen, die im Krieg noch ein Herz im Leib hatten, spricht. Der Graukopf zittert ihm unter den Worten und ein Schatten huscht ihm über den massigen Schädel: „Und so wollen wir, wenn's sein muß, sterben!“ Dieses Wort „Sterben“ packt uns, zum erstenmal laut ausgesprochen vor dem verammelten Regiment, an der Brust und würgt uns an der Kehle: ja, sterben sollten wir — sterben! Und die Feldgräve, zweigliedrige Mauer glöht stier in die Ferne — in jenes Wetterloch, woher der Atem kam — Sterben!

Und dann kam die Hölle, die viereinhalbjährige Schlacht! — — —

Und dann das Erwachen zum Menschen im Blutofen des „menschensmordenden“ Krieges — und zum Staatsbürger im großen „Debatte“ und in der flammenden Esse der Revolution. Wenn wir in jenem zweiminütigen Schweigen des „Anfanges“ jener blutigen Epoche mit ihren zwei Millionen deutscher Toten gedenken, dürfen wir auch das bittere Ende nicht vergessen. Es kam über uns — ebenso wie der Anfang — wie der Dieb in der Nacht. Der Zusammenbruch der bulgarischen Front und die Aufgabe der „Siegfried-Stellung“ im September 1918 war für uns, die wir strategisch zu denken vermochten, das Ende. Es traf uns im Dusek der uns vier Jahre

lang suggerierten deutschen Unbeständigkeit und hat uns feilsch zerschmettert. Wie viele Truppen- und Generalstabsoffiziere habe ich in jenen Tagen im Bereich der 5. Armee gesprochen, welche die Katastrophe mit aller Deutlichkeit kommen sehen und innerlich mit sich rangen, ob die Monarchie noch wert sei, um ihretwillen die Maschinengewehre gegen die eigenen Truppen, gegen die Kameraden einer tausendfältigen Todesnot zu richten. Der Gedanke, gegen das eigene Volk, das mit uns gebüdet und gelitten hatte, mit unseren Geschützen und Minenwerfern vorgehen zu müssen, der war uns allen so ungeheuerlich, daß wir ihn gar nicht fassen konnten. Und als jene Division zur Niederschlagung des Kieler Matrosenputsches in Marsch gesetzt wurde, da wagte man der Truppe den „Gefechtsauftrag“ gar nicht zu sagen, und den Offizieren gab man gewundene Erklärungen, die deutlicher als alles andere aussprachen: Es wird umsonst sein; wir können nicht gegen Deutsche kämpfen.

So brach mit der Front der alte Staat zusammen, weil die Armee, Offizier und Mann, eine grauenhafte Verzweiflung, ein dumpfer Fatalismus erfaßt hatte, weil die Republik den Frieden bedeutete und weil dem ausgemergelten Frontsoldaten aller Grade das Kaisertum keinen Schutz Pulver mehr wert war.

Wir feiern den Tag des Kriegsausbruchs nicht, um Gegensätze neu aufzureißen und innen- und außenpolitische Reizzustände zu verewigen. Auch wir neigen uns an diesem Tag in Achtung vor den Toten des Krieges, die als Proletarier, als Handwerker, Bürger und Bauern, als Infanteristen und Artilleristen — und seien wir gerecht —, als Kompagnieführer und Truppenkommandeure ihr Leben geopfert haben um der Heimat willen. Für den Tag des Kriegsbeginns aber sei uns ein warnendes Memento das bittere Ende!

Herr Ahlemann aus Krotoschin.

Herr Ahlemann steht nicht zu seinen Worten.

Es ist eine völkische Charaktereigentümlichkeit, daß man in der Masse der Anhänger Mut ausbringt — Mut zu Kraftphrasen und Mut zu Lüge und Verleumdung —, daß man aber, wenn es gilt, persönliche Verantwortung auf sich zu nehmen, feige kniebt und sich hinter Verlegenheitsausreden zurückzieht. Dieser negative Mut zur Verantwortung charakterisiert vor allem den Offizierskreis um Ludendorff, der durch seine Unehrlichkeit und Feigheit sich von dem abhebt, was andere Offiziere als stolze Tradition und Ehre gewertet haben. Das Verhalten Ludendorffs im Hitler-Prozess ist das Vorbild für die Unehrlichkeit und die Kneiferei dieser völkischen Heiden.

Nach diesem großen Beispiel verfährt Herr Ahlemann aus Krotoschin, Oberleutnant a. D. Er hat in der Reichstags-Sitzung vom 24. Juli dem Genossen Breitscheid direkt nachgesagt, er betreibe in Paris Landesverrat. Ob dieser Verleumdung gestellt, zog er sich auf eine andere Verleumdung zurück und behauptete, Breitscheid habe acht Tage nach der Ruhrbesetzung im Reichstag ausgeführt: „Wir vertreten nicht die Interessen Deutschlands, sondern die Interessen der Welt.“ Genosse Breitscheid nagelte auch diese Verleumdung fest und stellte sofort fest, daß er damals ausgeführt habe: „Wir vertreten nicht nur die Interessen Deutschlands, wir vertreten die Interessen Europas.“ Herr Ahlemann aus Krotoschin hatte also eine niedliche kleine Fälschung begangen, um dem Genossen Breitscheid Mangel an deutscher Gesinnung vorzuwerfen. Die Rede des Genossen Breitscheid am 26. Januar 1923 im Reichstag war eine starke Demonstration gegen den brutalen und rechtswidrigen Ueberfall Deutschlands durch die Besetzung des Ruhrgebiets. Genosse Breitscheid führte nach dem Stenogramm aus:

„Im übrigen ist es selbstverständlich, daß wir Sozialdemokraten uns in der Zurückweisung des französischen Rechtsbruchs an Enschiedenheit von niemanden übertreffen lassen (Bravo! rechts), und unser Protest ist vielleicht der wirksamste von allen, die eingelegt werden...“

Ein Kind stirbt.

Von Lisa Henroth-Poeme.

Zwischen Konkursen, Autounfällen, silbernen Jubiläen und Diebstahl steht die Notiz: Ein vierzehnjähriger Knabe hat sich umgebracht, weil er die Not und Armut, in der seine Mutter lebt, nicht mehr mit ansehen konnte. Zwischen Konkursen, Autounfällen, Jubiläen und Diebstahl steht es. Mit genau den gleichen kleinen, schwarzen Letzern — eilig, unauffällig. —

Nein, man glaube nicht an Wunder. Gäbe es Wunder, die Bettlern Würden leuchten rot, rot wie das Rensekel in Babylon, rot wie Blut, rot wie die Schande. Unser aller Schande, die wir leben, atmen, essen, lachen — indessen ein Kind sich hinwegnimmt aus Gram, so tief gefühlt, wie kaum ein Erwachsener, ja wie nur ein Kind fühlen mag.

Diese gräßliche Unnatur, daß ein Kind sich tötet, weil es die Not der Mutter nicht ansehen kann.

Wohl sterben Kinder freiwillig, und immer ist es erschütternd. Aber dann sind doch mehr Ursachen am Werk, die aus dem eigenen Leide des Kindes kommen. Furcht, schlechtes Zeugnis, eine Jugendliebe. Dies aber ist das Grauensollste. Es ist nicht Flucht vor dem eigenen Leid. Es ist Flucht vor dem Leid des anderen. Welche Qual muß dieses Kind gelitten haben, ehe es die lebenswollende Kraft, die dem Kinde vor allem eigen, aus sich herausschleibt und den Tod über sich Macht gewinnen läßt.

Bleibst du hat es gekämpft, lange, mit all seinen schwachen Kräften. Hat versucht, Arbeit, Brot zu finden. Bleibst du war es eines von den Kindern, die an der Straßenecke standen, abends im Regen, mit Streichhölzern, die kein Mensch mehr braucht, da stand, angstgequält, hungrig, frierend — an dem man vorüberging wie an all den anderen, Kleinen und Großen, von denen viele — ich gebe es zu — Betrüger sein mögen. Aber dies eine Kind war es nicht. Und wenn man seine bittende Hand abwies, vor seinem schüchternen Klingeln zur Hilfszeit die Tür verschloß — hat man nicht in solchem Moment es gemordet? Es mag hingekommen sein, hungrig, und es sah nichts als den Hunger, die Not der Mutter.

Bleibst du hat es in seinen letzten Augenblicken daran gedacht, daß die Mutter nun ihr Brot nicht mit ihm zu teilen braucht, daß sie besser leben könne. Bleibst du hat die Erkenntnis von der Grausamkeit des Lebens von der Grausamkeit der Menschen es so tief erfüllt, daß es hinwegging mit einer stillen Gebärde des Eifers. Ich weiß es nicht. Ich weiß nur, daß wir uns schämen müssen, schämen. Wir, die wir lachen, atmen, essen, Wohnungen haben und Kunst und Freuden. Und doch wir an anderen tausendfach gutmachen müssen, was wir an diesem kleinen heroischen Menschen ver-säumen.

„Die Arbeiter sind es, die jetzt in der vordersten Linie stehen im Kampfe für den Bestand des Deutschen Reiches.“

Die Arbeiter sind es, die jetzt die Republik, die jetzt Deutschland schützen.

Die Arbeiter sind es, die der Welt draußen zurufen, daß es für die Welt eine Katastrophe sein würde, wenn Deutschland zugrunde geht.

Wir vertreten nicht nur die Interessen Deutschlands, wir vertreten die Interessen Europas, wir vertreten die Interessen der Welt.“

Man muß schon Ahlemann aus Krotoschin sein, um in dieser starken Verteidigung der deutschen Interessen einen Beweis landesverräterischer Gesinnung zu sehen, und man muß die innere Schwüchlichkeit völkischer Gesinnung besitzen, um den Sinn dieser Ausführungen durch eine niedliche kleine Fälschung in eine Verleumdung deutscher Gesinnung umzudeuten.



Herr Ahlemann aus Krotoschin wurde sofort gestellt und aufgefordert, seine Behauptung, Genosse Breitscheid habe Landesverrat betrieben, zu spezifizieren und die verleumderische Behauptung außerhalb des Hauses zu wiederholen. Er wurde darauf hingewiesen, daß ein ehemaliger Offizier den Vorwurf der Feigheit nicht auf sich laden dürfe. Nun endlich findet Herr Ahlemann Worte. Er sucht sich im „Deutschen Tageblatt“, zu rechtfertigen. Es fehlt ihm jedoch der Mut, zu seinen verleumderischen Behauptungen zu stehen. Unter einer Flut von unsagbar niedrigen Gemeinheiten verbirgt er einen kläglichen und feigen Rückzug. Er hatte zu seinen Worten über die Rede Breitscheids vom 26. Januar 1923 zu stehen, und er hatte zu der Behauptung, Breitscheid habe in Paris Landesverrat betrieben, zu stehen. Er hat weder das eine noch das andere getan.

Am 24. Juli 1924 sagte er im Reichstag, Breitscheid habe im Reichstag erklärt:

„Wir vertreten nicht die Interessen Deutschlands, wir vertreten die Interessen der Welt.“

Am 2. August 1924 schreibt er im „Deutschen Tageblatt“: „Als der Ruhrbruch im Reichstag zur Verhandlung stand, sagte Breitscheid am 26. Januar 1923: „Wir vertreten nicht nur die Interessen Deutschlands, wir vertreten die Interessen Europas, wir vertreten die Interessen der Welt.“

Er gesteht also stillschweigend die niedliche kleine Fälschung ein. Nun sollte er zu seinen Worten stehen, daß Breitscheid Landesverrat betrieben habe. Im Reichstage sagte er am 24. Juli 1924:

„Out, wenn Sie es denn wissen wollen, so will ich es Ihnen sagen, weil sie dort letzten Endes Landesverrat treiben.“

Er warf also dem Genossen Breitscheid vor, daß er bewußt Landesverrat betreibe — einen juristisch erfahrbaren Tatbestand, der bewiesen werden muß und kann.

Ein Lustspiel für die reifere Jugend.

Im „Deutschen Künstlertheater“ erlebte gestern „Onkel Bernhard“ von Armin Friedmann und Hans Kottow seine Erstausführung. Die Kritik steht dem traurigen Ereignis fastungslos gegenüber. Diese Komödie behandelt das selbst für ahnungslose Gemüter nicht mehr neue Problem des alternden Millionärs, der ein junges, lustiges Mädchen heiraten will, und schildert das wieder einmal Mode gewordene Milieu gläubiger jüdischer Familien. Hier öffnet sich eine tiefe Kluft zwischen Kritik und Publikum. Ein Teil der Zuschauerschaft gerät regelmäßig in behagliche Stimmung und lustige Verärgerung, wenn bereits tausendmal gesehene jüdische Eigenheiten dargestellt werden oder wenn nur ein Jargonier Wort auf der Bühne ertönt. So auch gestern. Der schuldlos gequälte Kritiker fürchtet vor Langeweile zu explodieren, das Publikum ist glückselig. Die Verfasser des „Onkel Bernhard“, diese Dudenwarefabrikanten, besitzen keine Spur von Hemmungen. Verwechslungen, schwerhörige, blödgewordene Groppapas, Stotterer, melodramatische Monologe, das Aufstreiten eines kleinen Kindes — die abgeschmacktesten Mittel des Bühnenhandwerks sind ihnen recht. Das schlimmste aber sind die mit Emphase ausgesprochenen Lebensweisheiten, mit denen das Stück gespickt ist. Hans Sternberg als Kommerzienrat hatte die peinliche Aufgabe, das Parkeet mit Blattheiten stundenlang anzudeuten. Paul Morgan als Brokurist Rosenbergs konnte sich nur aus der Affäre ziehen, indem er die sprichwörtlich jüdische Hektik farrivierie, und Dora Schläger hatte die zuderküßte Rolle des non anständiger Gesinnung triefenden jungen Mädchens. Sie spricht, als ob sie den Stockhumpfen hätte. Die Palme der Kunst, unsystematisch zu wirken, errang Franz Ben, der einen sorglos heiteren Jünglingstyp gestalten sollte und daraus einen altklugen Senal von beipielloser Frechheit machte. Gertrud Richard als Bodiska ein ansprechendes Talent, Karl Hannemann, ein schäblicher Liebhaber, und Emil Lind, der Groppapa, waren Dose in der Wüste. Dgr.

„Die Geisha“ in der Volkshöhle. Die Sommerdirektion Heinrich Reiss tut Recht daran, sich vom Problematischen fernzuhalten und gesunde, starke, erprobte Kunst zu bieten. Das beschränkt sich von selbst, wie auch wieder die außerordentliche herzliche Aufnahme der alten Musikkomponisten. „Die Geisha“ des Engländers Edwin Jones zeigt. Unter der ausgezeichneten Leitung von Max Roth wurde James gesungen und musiziert. Das Orchester und die Chöre blieben keine Feinheit schuldig. Die großen Klänge hatten fast handliches Format, wie Jones diesen Großen bestimmt hier als Vorbild nimmt. Ferdinand Strassow, der Regisseur, brachte eine runde, anheimelnde Gesamtdarstellung zustande, wozu die feinen prunkvollen Bühnenbilder wesentlich beitragen. Es war offenbar nicht ganz leicht, denn auf die nationale Charakteristik, die hier wichtig ist, scheinen namentlich die Damen sehr wenig zuge-schnitten zu sein. Die Vertreterin des Rollen ist edelstes, dochtes Berlinerium, das spielerisch wenigstens im letzten Akt zu seinem vollen Recht kam. Das Japanerium D. Minola-Sans ist etwas künstlich zurechtgestutzt, und gar die frivole abenteuernde Französin ist ein deutsches Gretchen von unerreichter Weichheit. Aber

Was ist daraus im „Deutschen Tageblatt“ geworden?

„Böhlan denn. Ich wiederhole es, wie es verlangt war, vor aller Welt, daß ich davon überzeugt bin, daß dieser Dr. Breitscheid in Paris und London seine Parteinteressen über die Belange Deutschlands stellt, und somit sich seine diplomatische Unfähigkeit als Landesverrat auswirkt, was ich ihm am Donnerstag im Reichstag auf keine allzu neugierige Frage schon offen bekannt habe.“

Herr Ahlemann aus Krotoschin zieht es also vor, nun auch seine eigenen Worte umzufälschen, um sich von Beweis und Verantwortung zu drücken. Er hat weder den Mut, offen und ehrlich zu revozieren, noch hat er den Mut, zu dem zu stehen, was er gesagt hat. Der Appell an die Ehrlichkeit und den Mut hat nichts gefruchtet. Genosse Breitscheid hat ihn im Reichstag mit folgenden Worten herausgefordert:

„Meine Damen und Herren! Wenn irgendein Politiker unter dem Schutz der Immunität eine verleumderische Behauptung aufstellt und dieser Politiker sich weigern würde, diese Behauptung zu wiederholen unter Umständen, wo er den Schutz der Immunität nicht genießt, so würde der Betreffende zur verleumderischen Ehrabschneidung auch noch die Feigheit fügen, und da ich annehme, daß ein so aufrechter deutscher Mann wie der Herr Abg. Ahlemann, ein ehemaliger Offizier zudem, diesen Vorwurf der Feigheit niemals auf sich laden wird, richte ich erneut die Aufforderung an Herr Ahlemann, außerhalb des Hauses seine Behauptung zu wiederholen.“

Genosse Breitscheid hat Herrn Ahlemann überschätzt. Er hat nicht mit der besonderen Mentalität, dem besonderen Ehrgefühl und dem besonderen Mut des Offizierskreises um Ludendorff und jener aufrechten deutschen Männer, deren Zierde Herr Ahlemann aus Krotoschin ist, gerechnet. Herr Ludendorff, der sich im Hitler-Prozess wie ein Schulbube benahm, und Herr Ahlemann aus Krotoschin, der sich vor der Verantwortung feige brüht, sind einander würdig.

„Reichsbanner“ unter Anklage.

Zehn Jahre nach Kriegsausbruch!

Guben, 2. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Staatsanwaltschaft in Guben gebührt der Ruhm, gegen Mitglieder des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ die Klage wegen „Geheimbündler“ erhoben zu haben. Zwar wurde vor einiger Zeit bereits in Mittenberge ein Verstoß gemacht, Reichsbannerleute als Geheimbündler zu stigmatisieren, doch erbeute er mit negativem Erfolg. Diesmal betraf die staatsanwaltschaftliche Mithewaltung Mitglieder der Ortsgruppe Gassen in der Niederlausitz. Nicht weniger als 20 „Verbrecher“, d. h. Arbeiter, standen vor den Schranken des Gerichts. Vier von diesen gefährlichen Staatsbürgern haben bereits ca. vier Wochen in Untersuchungshaft gelitten und 12 Sanjäger waren feinerzeit aufgebotes, um bei den Mitgliedern Hausdurchsuchung abzuhalten. Vor dem Großen Schöffengericht in Guben begann heute die Verhandlung. Den Vorsitz hatte Landgerichtsrat Zademach, die Anklage vertrat Staatsanwaltschaftsrat Heyberich. Die Verteidigung wurde hauptsächlich von Rechtsanwalt Dr. Bärensprung-Wagdeburg, dem Geschäftsführer des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ geführt. Im Auftrage des Regierungspräsidenten in Frankfurt (Oder) wohnt Regierungsrat Eiding der Verhandlung bei. Das Interesse an dem Prozeß ist in Guben und Umgebung natürlich sehr groß und der Zuschauerraum war bald überfüllt. Fürstliche Zeugen sind erschienen und der Verteidiger beantragte noch die Ladung von vier weiteren Zeugen. Bei der Vernehmung der Angeklagten, die sich sehr lang hinzog und die selbstverständlich nichts von Belang ergab, stellte der Vorsitzende bei jedem einzelnen aus nicht erkennbaren Gründen fest, ob er Soldat gewesen, den Krieg mitgemacht und welcher Formation er angehört habe. Den Angeklagten wird zur Last gelegt, große „Hunderthausen“ gebildet und einer Verbindung angehört zu haben, deren Zweck der Staatsregierung geheimgehalten werden sollte. Wir werden über den Ausgang des Prozesses berichten.

Feld verlassen. Das Urteil der Disziplinarkammer für nicht-richterliche Beamte München gegen den Oberamtmann Dr. Fried von der Polizeidirektion München lautet auf Dienstentlassung.

die in dieser Richtung mangelnden Talente wurden durch viel Fleiß ersetzt und Boite Demis und namentlich Angela Sachs (durch ihre gefangene Treiflichkeit) brachten ihre Partien doch zu bedeutender Wirkung. Das Trio um Rose Sebald herum hatte diesmal merkwürdig wenig Humor. Um so mehr der vor treffliche Erich Sandt, der auch durch seine brillant pointierten Couplets für mich den Erfolg hatte. Julius Sachs brachte seine Kalauer mit der nötigen Würde, und die ernstesten Hauptpartien kamen durch Heinz Sarnow und den sehr vortrefflich hervortretenden, auch mit Humor begabten Eißner-Badrian zu ihrem vollen Recht. h. m.

Im Trianon-Theater wird jetzt unter der Direktion Dr. Hanns Schindler auf eine so anständige Art Sommertheater gemint, daß man auch im Winter davon profitieren könnte. Es handelt sich um Fritz Salens „Kinder der Freude“, drei unterhaltensame Einakter, in denen der Verfasser, der als Kritiker und Essayist im Theaterleben seine Erfahrungen hat, das „bewußte“ Kunstwerk einer scharfen Kritik unterzieht. In der Konversation enthielten sich zwanglos die Wahrenheiten, sagte wird den „Gottbegnadeten“ die Marke vom Gesicht gezogen, und was übrig bleibt, ist armseligste Menschlichkeit. Ferdinand Bonn, dem Schauspieler und Theatermann, wie er im Buche steht, sind diese Dinge fast auf den Leib geschrieben, und er braucht eigentlich nichts zu tun als sich selbst zu spielen. Wo er es tut, ist's erträglich, schlimm aber, wenn er dastollert. Eine „Chorzeitung“ des angegriffenen Kunststerns verucht. Marietta Dilly geht nur im zweiten Stück „Auf der Brücke“ aus sich heraus. Hanns Schindler gibt, erfreulich zu sehen, ein paar muntere, knurrende Jünglinge.

Der größte Stein, der vom Himmel gefallen ist. Eine neue Art des meteorischen Eisens wurde in der Berliner Akademie der Wissenschaften auf Grund eines riesigen Meteorsteines entdeckt. Den Apert in der Adrar-Wüste in der Sahara gefunden hat. Die bisher bekannten Meteorite werden nach ihrer Zusammenfassung in drei Gruppen eingeteilt: solche, die aus reinem Eisen bestehen, solche, die aus Feuerstein gebildet sind, und solche, die eine Mischung von Feuerstein und Eisen aufweisen. In dem Stück aber, das von Adrar gebracht wurde und mehrere Kilogramm wiegt, enthält das Eisen etwa 20 Proz. Nickel. Die interessante Probe stammt von einem riesigen Meteoriten, der größten Masse außerirdischen Ursprungs, die bisher gefunden worden ist. Der gewaltige Block mißt 300 Meter Länge bei einer Dicke von 40 Meter; er liegt einsam mitten in der Wüste.

Der neue Rektor der Berliner Universität. Der erweiterte Senat der Berliner Universität hat gestern Dr. Karl Goß für das Jahr 1924/25 zum Rektor gewählt.

Der Krieg in der Kunstausstellung. Einer der wenigen Künstler, die das Erlebnis des Krieges künstlerisch gefaßt konnten, ist Otto Dix. Früher hat bereits ein großes Schiffsgrabmal von ihm, das vom Kaiser-Wallraf-Museum erworben wurde und vor kurzem in der Ausstellung der Akademie der Künste den Mittelpunkt des Interesses bildete, Aufsehen erregt. Nun wird im Dresdener Kunstgewerbemuseum ein weiteres Werk von ihm, „Der Krieg“, ausgestellt.

Deutsch-polnischer Schiedspruch.

STB. meldet von unterrichteter Seite über die deutsch-polnischen Verhandlungen in Wien:

Am 10. Juli hat der Schiedsrichter Prof. Kaadenbeck einer Schiedspruch gefällt, der die Grundlage des Vertrags bilden soll. Ueber ihn wird zurzeit noch in Wien verhandelt. Die Entscheidungen

In der Frage des Staatsangehörigkeitswechsels

sind fast durchweg im Sinne der deutschen Thesen ausgefallen.

So ist die Zulässigkeit des doppelten Wohnsitzes bejaht, ferner soll der Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit durch frühere Reichsdeutsche nicht auf das an Polen abgetretene Gebiet beschränkt und nicht davon abhängig sein, ob der Betreffende die deutsche Staatsangehörigkeit bereits am 1. Januar 1908 befreiten hat. Die Ehefrau kann auch unabhängig vom Ehemann die polnische Staatsangehörigkeit erwerben. Für den Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit durch Geburt hat der Schiedsrichter festgelegt, daß hierfür bei Personen, die nach in Polen wohnhaft sind, die Tatsache genügt, daß die Eltern zur Zeit der Geburt Wohnsitz in Polen hatten. Dagegen hat der Schiedsrichter für die in Polen geborenen, aber bereits von dort abgewanderten Personen angesetzt, den Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit auf solche zu beschränken, die trotz der Abwanderung Verbindungen mit dem Geburtsland behalten haben. Die Einzelheiten hierüber werden im Verhandlungswege näher bestimmt. Die Frage, ob eine Unterbrechung des Wohnsitzes zwischen 1908 und 1920 den Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit ausschließt, hat der Schiedsrichter zwar grundsätzlich bejaht, aber zugleich festgelegt, daß eine Unterbrechung nicht vorliegt, wenn die betreffende Person während der Abwesenheit zwischen 1908 und 1920 die Absicht hatte, in nunmehr polnisches Gebiet zurückzukehren.

Die Bedeutung dieser Entscheidungen erhellt daraus, daß hierdurch in allen strittigen Liquidationsangelegenheiten die polnische Staatsangehörigkeit der Betroffenen festgelegt ist, woraus sich die Unzulässigkeit dieser Liquidationen ergibt. Endlich hat der Schiedsrichter entgegen der polnischen These den deutschen Standpunkt anerkannt, daß die Frage des Erwerbs der Reichsdeutsche der polnischen Staatsangehörigkeit internationalen Charakter hat, also nicht ausschließlich eine innere Angelegenheit Polens ist. — Auch in den

Optionsfragen

hat der Schiedsrichter im Sinne der deutschen These den internationalen Charakter der Frage grundsätzlich bejaht, ob eine Option rechtsgültig ist oder nicht. Dagegen hat er der polnischen These zugestimmt, monoch Personen, die rechtsgültig für Deutschland optiert haben, auf Verlangen der polnischen Behörden Polen verlassen müssen. Damit ist Polen ein Ausweisungrecht der Optanten zugesprochen. Trotzdem besteht für die betroffenen Optanten kein Anlaß zu übereilen Schritten, da die Fragen, wer gültig optiert hat, und unter welchen näheren Bedingungen die Abwanderung zu erfolgen hat, einen besonders wichtigen Teil der schwebenden Verhandlungen bilden. Dabei handelt es sich vor allem um die Fristen, die für die Abwanderung zu gewährt sind, um das Recht der ungehinderten Mitnahme des Vermögens, um die Beibehaltung des unbeweglichen Eigentums in Polen usw. — Fragen, mit deren humaner Regelung geradezu wird. Im übrigen ist am 14. April zwischen Deutschland und Polen ein Abkommen geschlossen worden, monoch die Vertragsbestimmungen der in Wien zu schließenden Konvention ohne weiteres auf die Personen anzuwenden sind, die in Deutschland für Polen optiert haben. Mitin können auch die deutschen Behörden die Abwanderung aller dieser Personen verlangen. Wenn nur deutschen Behörden haben seinerzeit in Deutschland über 24 000 Personen für Polen optiert.

Bespiegelung in Rußland.

In der Nacht vom 8. zum 9. Mai wurde im Moskauer Butyrki-Gefängnis von einer Gruppe aus Petersburg dorthin verschickter Studenten ein Tscheka-Agent entlarvt, Wladimir Wrublewski, Student des ersten Polytechnischen Instituts (polytechnische Fakultät, erstes Semester). Es stellte sich heraus, daß er der Tscheka seit 1922, wenn nicht früher, diene. Er studiert bereits an der dritten Instanz. An das polytechnische Institut kam er durch Kommandierung der Tscheka und durch Vermittlung der Gouvernements-Gewerkschaftsverwaltung.

Im Petersburger Gefängnis war er einer der „revolutionärsten“ — er übte Obstruktion, trat 6 Tage lang in einen Hungerstreik usw. Er nannte sich Sozialdemokrat. Er hatte den Auftrag, sich in das Vertrauen sozialdemokratischer Studenten einzuschleichen (zu dem Zweck ließ er sich sogar auf die Solowjki-Inseln schicken), die Denkmäler zu erforschen usw. Er sollte dann eine Flucht vorbereiten und sich dann in die Petersburger Organisation der Sozialdemokratie einschleichen.

Es hat sich herausgestellt, daß Wrublewski nicht allein war. Die Petersburger Tscheka hat zu diesem edlen Zwecke eine Reihe Studenten „mobilisiert“. Die Namen der anderen werden nach festgestellt.

Monarchistisches Kaffeekapital.

London, 31. Juli. (Gen.) Einer Exchange-Meldung zufolge ist die zusammengedrückte Aufstandsbewegung in Brasilien aus Kreisen der Kaffeeproduzenten hervorgegangen. Sie wollten die gegenwärtige republikanische Regierung stürzen und die Monarchie einführen. Die gegenwärtige Bewegung stehe mit den Unruhen 1922 in enger Verbindung, zumal die damaligen Unruhen dieselben Ziele hatten. Der Präsident der Republik, Dr. Vargas, ist als Zivilist in den militärischen Kreisen äußerst unpopulär.

Zollabbau in England. Die Einfuhrzölle Mac Kennos werden in England von 1. August an endgültig aufgehoben sein. Die ausländischen Automobile, Fahrräder, Musikinstrumente, Filme und Uhren dürfen somit zollfrei nach England eingeführt werden, während früher 33% und später 25 Proz. Zölle auf den Wert bezahlt werden mußten. Die konservative Presse erklärt, der erste August sei ein trüber Tag für die englischen Interessen, da von diesem Tage an England mit deutschen, französischen und amerikanischen Automobilen und Fahrrädern, amerikanischen Filmen, deutschen Musikinstrumenten und schweizerischen und deutschen Uhren überschwemmt werde.

Höllein in Belgien unerwünscht. Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Höllein ist aus Belgien, wo er anlässlich der Internationalen Woche gegen den Krieg eine Reihe von Reden halten wollte, ausgewiesen worden.

Französische Völkische. In Nancy versuchten Demonstranten gegen einen Versammlungslokal, in dem der kommunistische Reichstagsabgeordnete Barzels sprach, Sturm zu laufen, was aber von herrischen Gendarmen verhindert wurde. Barzels verließ den Versammlungslokal unter dem Schutze der Polizei. Die Menge verfolgte ihn überdrehn und überhäufte ihn mit Schimpfwörtern.

Rußischer Volkspolizist in Peking. Der Volkspolizist der Sowjetrepublik Karagan hat dem Präsidenten der Republik in Peking sein Beglaubigungsschreiben überreicht.

Berlin als Messestadt.

Das Geheimnis, weshalb die Messestadt Berlin und als Knotenpunkt vieler Eisenbahnlinien mit ihren tausendjährigen Handelsbeziehungen bis vor kurzem noch keine Messe hatte, wurde gestern im Bürgeraal des Rathhauses gelüftet: Der Berliner Magistrat hatte in Gemeinschaft mit der kürzlich gegründeten gemeinnützigen Berliner Messeaufbau-Gesellschaft Antrag genommen, die Messenstadt über die neuesten Pläne und Arbeiten der Stadt Berlin zur Schaffung auch einer Berliner Messe als Daueranlage zu unterrichten.

Oberbürgermeister Böß hatte es sich nicht nehmen lassen, seinen Vortrag zu unterbrechen, um die Erklärungen zu bekräftigen. In kürzeren Ausführungen erklärte das Mitglied der Berliner Industrie- und Handelskammer Desjar Heymann, den man wohl als den Vater des Berliner Messegedankens bezeichnen darf, die Zwecke und Ziele der neuen gemeinnützigen Gesellschaft, die ihre Aufgabe darin sieht, eine allgemeine Berliner Messe zu schaffen, die man im gewissen Sinne als Konkurrenz für Leipzig oder andere Städte auflassen könnte. Sie erblüht die Zukunft Berlins als Messestadt vielmehr darin, daß hier die Stätte für Fachmessen größtenteils geschaffen werden soll. Als erster Ausdruck dieses Willens ist die Messe der Schuh- und Lederwirtschaft anzusehen, die in der nächsten Woche vom 3. bis 6. August in Berlin in den Ausstellungshallen am Kaiserdam und in der Philharmonie stattfinden. Ungemein bemerkenswert war das Bekenntnis des Redners zum Aufbau des Berliner Reiches auf einer gemeinnützigen-Gemeinschaft.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

(Gau Berlin-Brandenburg.)

Die Kameraden treffen sich am Sonntag auf alle Fälle an den vereinbarten Treffpunkten.

Geleitung: Fritz Koch.

nahe Grundlage unter grundsätzlicher Ausschaltung aller von privater Seite ausgehenden sogenannten wilden Messen. Auch der Direktor des Berliner Reiches Dr. Schmidt vertrat denselben Standpunkt. Die groß dieser Kameraden geplant sei, ging aus dem Vortrage hervor, die Dr. Schmidt über die beabsichtigten Bauten auf dem Messegelände gab. Man habe noch Verzicht auf die anfängliche Inanspruchnahme des Tempelhofes feldes sich auf das große Feld für eine einmalige internationale Messegelände ausreichende Gelände bei Witzleben entschlossen. Dort würden insgesamt 30 000 Quadratmeter — 12 preuß. Morgen — nutzbar für die Sondermesse in Anspruch genommen werden. Dieses Messegelände, das sich am Ende der Neuen Kantstraße auf ehemals Charlottenburger Gebiet in nächster Nähe der Bundbahn und den Scholzplatz gruppieren wird, habe die Großgemeinde Berlin zur Verfügung gestellt. Eine große sogenannte Radialhalle von 130 Meter Länge und 60 Meter Breite, ausgeführt von Prof. Straumer, befindet sich im Bau. Neben dem Mesgebäude werde sich ein 132 Meter hoher Eifenturm, der höchste der Stadt Berlin, erheben. Dieser Turm werde zwar zunächst „nur“ bis 50 Meter Höhe empormachen; er befindet sich dafür aber auf der geometrisch höchsten Stelle der Stadt Berlin. Auf der Plattform werden 75 Personen sitzen können. Von dem höchsten Punkt des Turmes aus wird man mit Scheinwerfern den Berliner Reiches umgeben. Magistrat und Reichesgesellschaft haben bereits folgende Abschlüsse fertiggestellt bzw. Verhandlungen über folgende Messenausstellungen eingeleitet: Vom 2. bis 25. Februar 1925 eine große Schuh- und Ledermesse. Im Herbst dieses Jahres soll mit der großen Automobilmessung in Verbindung mit der Radialhalle verbunden werden. Im Februar 1926 eine große Messe „Der Film und seine Technik“, die gleichzeitig abgehalten werden soll von einem großen internationalen Filmkongress, zu dem bereits Anmeldungen aus den verschiedensten, auch überseeischen Ländern, vorliegen. Ferner eine Messe der Bekleidungsindustrie, in die singemäß die bisherigen sogenannten Robemessen eingefügt werden sollen, und schließlich eine Reichsmesse anlässlich der von den führenden Organisationen auf diesem Gebiete beschlossenen und vom nächsten Jahre ab einzuführenden Reichskunstwoche, an der sich vornehmlich Graphik, Malerei, Baukunst, Keramik und andere kunstgewerbliche Zweige beteiligen werden. Ueber eine Reichsrobemesse und eine Messe der Möbelindustrie schweben noch Verhandlungen.

Im Anschluß an den Vortrage fand eine Besichtigung des Messegeländes am Bahnhof Witzleben statt, an der auch Oberbürgermeister Böß und Bürgermeister Scholz teilnahmen. Es wurde zunächst die alte Automobilmessungshalle besichtigt, in der augenblicklich die Vorbereitungen für die am Montag zur Eröffnung kommende Schuh- und Ledermesse getroffen werden. Dann wurden die weiteren Bauten auf dem Messegelände in Augenschein genommen, die sich ihrer Vollendung nähern, die neue Automobilmessungshalle und der Baugrund für die im Herbst fertig werdende Radialhalle, von der augenblicklich die Holzträger errichtet werden. In dem die Besichtigung schließenden Beisammensein im Charlottenburger Rathaus wies dann noch Oberbürgermeister Böß in einer kurzen Ansprache darauf hin, daß das Zustandekommen der Berliner Sondermesse nicht in letzter Linie der Schaffung der Einheitsgemeinde Groß-Berlin zu verdanken sei. Nur die Bildung von Groß-Berlin habe, wie auch aus zahlreichen übrigen Gründen, den ungelunden Wettbewerb der Einzelgemeinden überwunden und so die Möglichkeit zum Reizen der langgehegten Messenpläne geschaffen.

Bismarck-Bündler und Reichsbannerjugend.

Eine Erklärung des Gauvorstandes.

Von dem Gauvorstand Berlin-Brandenburg des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold geht uns folgende Erklärung zu:

Durch die ganze rechtsstehende Presse ging vor einigen Tagen ein Artikel „Ein Ueberfall durch Schwarz-Rot-Gold“. — Die von uns eingeleitete Untersuchung hatte folgendes Ergebnis: Einige Jugendkameraden der Kameradschaft „Schöneberg“ kamen am Viktoriagarten Wilmersdorf vorbei, in dem eine Veranstaltung der Deutschnationalen Volkspartei stattfand. Einer der jungen Leute beging die Unberücksichtigung, das Lotol zu betreten und wurde auch sofort daraus entfernt. Kurz darauf strömten etwa 30 bis 40 junge Leute, die dem Bismarck-Bund angehörten, auf die Straße und bedrohten die Reichsbannerleute mit den bei diesen Organisationen üblichen Instrumenten, Gummistäbchen, mit Leder umwickelte Stöckchen und Schlagringe. Der dort postierte Schuttpolizist griff nicht ein. Einige Zeit später wurde nochmals ein Ueberfall auf die Jugendgruppe des Reichsbanners verübt, um den mitgeführten Wimpel zu entreißen. Gerade als dies geschah, erschien das Ueberfallkommando und nahm einen Angriff und einen Angegriffenen fest und brachte diese nach der Wache. Der Festsetzende Vorgänge unserer Organisation in Wilmersdorf war an diesen Vorgängen nicht beteiligt, und ihm waren bis auf unklaren Anruf hin diese Dinge noch nicht bekannt. Wenn also irgend ein Anspruch gegen uns wurde hinsichtlich der Unterstützung des Reichsbanners durch die Schuttpolizei und der Verletzung der Mitglieder unserer Organisation mit Waffen, so betrachten wir dies als einen Dummheitenspross. Wir haben unserer Ortsgruppe Schöneberg gegenüber auch gar kein hehl daraus gemacht, daß Mitglieder, die sich herausgeben zu schuldigen konnten, in unseren Reihen unter keinen Umständen geduldet werden können. Auf den Schlußsatz des Artikels betreffend Bezahlung von sogenannten Wendegebühren zur Verfügungstellung von Uniformen und Waffen, gehen wir gar nicht ein, da der ganze Satz bezeichnend ist für die geistige Einstellung derjenigen, die den Artikel verfaßt haben. Tatsache

dürfte sein, daß bei den rechtsstehenden Organisationen zum Teil das, was uns nachgefragt wird, zu beifallig. Wir haben nicht nötig, Werbegeld zu zahlen, um Mitglieder zu gewinnen. Die republikanische Bevölkerung stellt sich uns radikallos, ohne irgendwelche Bedingungen daran zu knüpfen, zur Verfügung. Ihr Mut und ihr entschlossenes Eintreten für die Republik sind ihr nicht für Geld feil. Es ist aus Uebereizung und Begeisterung ihre freier Wille. Unsere Organisation beansprucht auch nicht den besonderen Schutz irgendeiner Behörde, sondern wir betrachten uns als Staatsbürger, und als solche nehmen wir die Behörden nicht mehr und nicht weniger in Anspruch, als es jedem Staatsbürger sein gutes Recht ist.

Auf der Suche nach Redsdad.

Jahndungsstreifen nach dem Mörder.

Eine umfangreiche Jahndungsstreife unternahm in der vergangenen Nacht die Nordkommission, die mit der Aufklärung des Frauenmordes in der Leibnizstraße beschäftigt ist. Sie golt dem Polizeioberwachtmeister Gustav Redsdad, der Mörder seiner Stiefschwester Frau Köster, der nach Mitteilungen aus dem Publikum in den letzten Tagen bald hier bald da in Groß-Berlin gesehen worden sein sollte. Um 9 Uhr ebens führten Kriminalbeamte mit zwei Kraftwagen nach dem Gesundbrunnen und suchten hier am Behn Hof den Rumpelploß ab, den größten Berlins. Auch hier sollte Redsdad wiederholt aufgefunden sein. Gestern abend aber war er nicht da. Vom Gesundbrunnen ging die Fahrt nach dem Wedding, der Vieles- und Chausseestraße, wo verschiedene Schantwirthschaften unauffällig durchsucht wurden, ebenfalls ohne Erfolg. Auch in der Gegend des Gärtniger und Schiefischen Bahnhofs war Redsdad nicht zu finden. Hiernach wurde noch die Umgebung des Potsdamer Platzes und weiterhin ein Teil des neuen Westens, die Wilmersdorfer Straße usw. ohne Ergebnis abgesehen. In einer Schantwirthschaft ganz in der Nähe des Nordhafes hat der Mörder während seines Aufenthaltes bei seiner Stiefschwester öfter verkehrt, ohne daß die Wirthsleute wußten, wer er war. Nach der Tat hat er sich auch hier nicht mehr sehen lassen. Während der Verfolgung der Ermordeten wurde der Friedhof sorgfältig von Kriminalbeamten beobachtet, weil wiederholt früher Mörder sich bei der Befüllung ihrer Opfer unter die neugierigen Zuschauer gemischt haben. Redsdad war jedoch nicht erschienen.

Falsche Rentenbankheime.

In letzter Zeit sind in der Rheinprovinz, Hessen-Rassau, Hessen-Darmstadt, Bayern, Baden und der Pfalz Nachbildungen von Rentenbankheime zu 10 Renten mark ausgegeben. Das Wasserzeichen ist durch Aufdruck auf der Rückseite, bei einigen Scheinen auch auf der Vorderseite, nachgeahmt. An Stelle des Stoffs auf dem die rechte Teil der Vorderseite mit einem hellgrün gefärbten Klebefleisch überzogen worden, worauf die Fäden eingestrichelt sind. Bei den echten Scheinen sind die Fäden im Papier eingebettet. Der Untergrund zeigt ein verschwommenes, unfokales Bild. Die Beschriftung weicht an verschiedenen Stellen von dem der echten Scheine ab. Auf die Beschriftung der Fälscher von Rentenbankheime und die Beschlagnahme der Blätter ist die Deutsche Rentenbank eine Belohnung bis zu 1000 Mark aus.

Die Tierärztliche Hochschule für die Hundesperre.

Der Magistrat Berlin hat infolge eines Eidesverwachsenden schlusses vom 4. März d. J. eine Anfrage an den Polizeipräsidenten von Berlin gerichtet, der indes auf seinem abgehenden Standpunkt beharrte. Auf eine zweite Anfrage an die Tierärztliche Hochschule Berlin ist dann folgende Antwort eingegangen: „Die Tierärztliche Hochschule schließt sich den Ausführungen des Polizeipräsidenten über die teilweise Aufhebung der Hundesperre an. Insbesondere ist zu befürchten, daß sehr viele Hundebesitzer aus den gesperrten Bezirken in die freigegebenen Bezirke sich begeben werden, um ihre Hunde dort frei laufen zu lassen, wodurch die getroffenen Sperrmaßnahmen für ganz Groß-Berlin illusorisch und die Suche erneut um sich greifen würde. Auch bezüglich Aufhebung des Maulwurfs- und Leinwandzwangs vermag die Hochschule einer Erleichterung nicht zuzustimmen.“

Denkmalschwänder. Das Denkmal zur Erinnerung an die Gefallenen des ehemaligen Franzoseregiments, das erst kürzlich im Boerwaldpark enthüllt worden ist, wurde heute früh von noch nicht ermittelten Tätern mit roter Farbe beschmiert.

Ein Opfer Haarmanns. Es bestätigt sich, daß der im März dieses Jahres verschwindene 16jährige Hermann Kimmel aus Barmen, von dem zuletzt aus Hannover ein Lebenszeichen gekommen war, ein Opfer des Massenmörders Haarmanns geworden ist. Seit Stiefvater Brodtkorb hat im Polizeipräsidenten in Hannover einen Hut und eine Wunde als Eigentum seines verstorbenen Stiefsohnes erkannt. Bei der Vernehmung in Gegenwart des Stiefvaters hat der Mörder die Möglichkeit zugegeben, daß der junge Kimmel zu seinen Opfern gehört.

Berliner Arbeiter-Schockklub. Heute (Sonntag) 2 d. M., abends 8 bis 10 Uhr, findet im Schockklub, General-Haus, Oranienburger Str., unter Obhut der Kommissarin in der Sitzung zu übergeben. Beitrags- und Abrechnung sowie Zeitungsausgabe vor Beginn der Sitzung. Verschiedene andere Oblate sind erwartet.

Das Hochwasser in Oberbayern.

Die in Oberbayern eingetretene Hochwasserflut hat inzwischen zu ersten Schäden geführt. Neuerdings ist auf der Straße Wittenwald-Garmisch ein Teil der Eisenbahnlinie unterbrochen, so daß nur ein Nothverkehr möglich ist. Auch die Leishausleitungen, die an dieser Straße liegen, sind vernichtet. In Salzburg ist die Salzhaf ebenfalls über die Ufer getreten und hat große Landstrecken überschwemmt. Teilweise mußte infolge des fortwährenden Steigens des Wassers Militär zur Hilfe herangezogen werden. U. a. werden auch eine ganze Reihe Personen als Vermißte gemeldet, die wahrscheinlich ertrunken sind. Die bei Merzhausen über die Aller führende Verbindungsbrücke zwischen Bayern und Württemberg ist infolge des Hochwassers eingestürzt.

Aus Salzburg wird gemeldet, daß auch in Deutsch-Österreich das ungeheure Hochwasser große Verheerungen angerichtet hat. In der Nähe von Paris wurden alle Weiden überschwemmt, die Station Geis war arg gefährdet, die Lokomotiven und die Waggons fanden unter Wasser und wurden nur durch die rastlose Arbeit der Eisenbahner in Sicherheit gebracht.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgebung: Nach vorübergehender Bitterung über dem Regen oder Gewitter nieder beginnende Aufhellung, aber kühl.

Deutschland: In Westdeutschland kühl und Bewölkung abnehmend. In Ostdeutschland vorübergehend Regen oder Gewitter, vorher noch warm.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Schwarz-Rot-Gold: Berlin 6.2. Kaiser-Wilhelm-Straße 46 III.
2. Kameradschaft (Kriegern). Sonntag, den 3. August, von 10 bis 12 Uhr. Mitglieder und Angehörige am Straßenrande stehen.
Kameradschaft Wilmersdorf. Sonntag, den 3. August, 10 bis 12 Uhr. Mitglieder und Angehörige am Straßenrande stehen.
Kameradschaft Wilmersdorf. Sonntag, den 3. August, 10 bis 12 Uhr. Mitglieder und Angehörige am Straßenrande stehen.
Kameradschaft Wilmersdorf. Sonntag, den 3. August, 10 bis 12 Uhr. Mitglieder und Angehörige am Straßenrande stehen.

